

## **AK-Vollversammlung: Präsident Kalliauer gegen ungerechte Einkommensverteilung und für aktive Arbeitsmarktpolitik**

Linz (OTS) - Anlässlich einer Pressekonferenz zu der am 24. Mai stattfindenden Vollversammlung der Arbeiterkammer Oberösterreich präsentierte AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer aktuelle Anliegen der Arbeitnehmer/-innen.

Präsident Kalliauer betonte einerseits, dass es heuer tatsächlich Grund zum Feiern gäbe (60 Jahre 2. Republik, 50 Jahre volle Souveränität durch den Staatsvertrag und 10 Jahre EU-Mitgliedschaft). Er machte andererseits aber deutlich, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenig Grund zum Feiern haben, weil deren Einkommen netto auf dem Niveau von 1999 sind, sie also in den letzten fünf Jahren am Wirtschaftswachstum de facto keinen Anteil hatten. Es haben auch die Pensionisten wenig Grund zum Feiern, weil ihre Nettopensionen auf dem Niveau von 1995 sind.

Präsident Kalliauer erinnerte an eine Errungenschaft, die heuer ebenfalls ein Jubiläum feiert, was aber vom offiziellen Österreich nicht wahr genommen wird: Der 50. Jahrestag der Beschlussfassung im Parlament über das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz ist für die Entwicklung unseres Landes und für die überwiegende Mehrheit der Frauen und Männer genauso wichtig, wie die Wiedererrichtung der demokratischen Republik. Ohne die Freiheit von Armut, Krankheit und Not ist die politische Freiheit nur eine leere Hülle und ein Freibrief für die wirtschaftlich Mächtigen, ihre Interessen schrankenlos durchzusetzen. "Die Arbeiterkammer wird diesen Tag gebührend feiern und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken", sagte Kalliauer.

Der AK-Präsident erinnerte an die zunehmend ungerechter werdende Verteilung der Einkommen: "Eine empörende Selbstbedienung von Spitzenmanagern greift um sich, und Spekulanten werden reich mit der Zerstörung von Arbeitsplätzen. Die oberen 10 Prozent bekommen immer mehr, der Mittelstand und die Kleinverdiener zahlen die Zeche. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich immer bedrohlicher: Die Inlandsnachfrage stagniert und schrumpft sogar teilweise. Die Staatsausgaben müssen fast ausschließlich von den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen getragen werden. Wachsende

Teile der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung tragen nichts mehr zur Finanzierung der Sozialsysteme bei."

Abschließend unterstrich Kalliauer, dass die AK auch in Zukunft Erfolg in der Interessenvertretung haben werde, und sie für viele Fragen zeitgemäße Lösungsvorschläge habe. Das wissen auch die Mitglieder der AK Oberösterreich, denn 80 Prozent von ihnen sagen, die Regierung sollte mehr auf die AK hören. Manchmal tut sie das auch: Beispiel ist die jüngst zugesagte Änderung des Wochengeldanspruchs.

"Wir kümmern uns auch um die Fragen der Zukunft: Unser Projekt WAGE, das wir mit Unterstützung der EU, des Landes OÖ und in Zusammenarbeit mit der WKO und Partnern in ganz Europa realisieren, hat zum Ziel, Wege zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu finden und dies in Unternehmen und in der Öffentlichkeit auch zu propagieren. Wir bekennen uns zur Kooperation der Sozialpartner, wie man am Beispiel der Initiative "Freier Sonntag" und Einschränkung der Öffnung des Sparmarktes am Linzer Bahnhof sieht", so AK-Präsident Kalliauer.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich  
Kommunikation  
Tel.: (0732) 6906-2182  
mailto:presse@ak-ooe.at  
<http://www.arbeiterkammer.com>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0064 2005-05-23/10:31

231031 Mai 05

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20050523\\_OTS0064](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050523_OTS0064)